

NOTIZEN

520 Millionen Sozialhilfe

Erfurt. (dpa) In Thüringen sind im vergangenen Jahr etwa 519,5 Millionen Euro für Sozialhilfeleistungen ausgegeben worden. Im Vergleich zum Jahr 2009 habe dies einen Anstieg um 62,9 Millionen Euro oder 13,8 Prozent entsprechen, teilte das Landesamt für Statistik mit. Schwerpunkt waren Leistungen für Menschen mit Behinderung, die sogenannten Eingliederungshilfen. Sie machten gut 370 Millionen Euro oder 71,2 Prozent der Sozialhilfeausgaben aus. 25 087 Betroffene erhielten diese Leistung. An zweiter Stelle standen die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 15 061 Empfänger dieser Leistungen erhielten insgesamt 63,8 Millionen Euro.

Lehrerpreis für Grenzfahrt

Frankfurt/Geisa. Ganz im Zeichen der jüngsten deutschen Geschichte stand das Projekt „Mit dem Rad Geschichte erfahren“, wofür zwei Lehrer des Max-Beckmann-Gymnasiums in Frankfurt am Main den mit 2000 Euro dotierten dritten Preis in der Kategorie „Lehrer: Unterricht innovativ“ erhielten. Bei einer Fahrradtour mit Schülern entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen Hessen und Thüringen zielte das Pilotprojekt auf eine direktere und alternative Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung im Unterricht. Insgesamt wurden beim Deutschen Lehrerpreis 22 Auszeichnungen an Pädagogen und Projekte aus neun Bundesländern vergeben. **Klar!**

Zwickauer gegen Knast

Zwickau/Erfurt. (dpa) Die Initiatoren eines Bürgerbegehrens gegen einen Gefängnisneubau in Zwickau haben nach eigenen Angaben mehr als 10 000 Unterschriften gesammelt. „Diese Ergebnis ist überwältigend“, sagte ein Sprecher der Bürgerinitiative am Montag nach der Übergabe der Unterschriften an Oberbürgermeisterin Pia Findeiß (SPD). Für einen Erfolg des Begehrens sind nur etwa 4000 Unterschriften nötig. Die Initiative will damit einen Bürgerentscheid erzwingen. Die neue Haftanstalt von Sachsen und Thüringen soll bis 2017 auf dem Gelände eines ehemaligen Bahnausbesserungswerkes entstehen. Die Baukosten sind mit etwa 112 Millionen Euro veranschlagt worden

Eine Kampfansage von Holzapfel an Taubert

Wie derzeit das Thema Zwangsprostitution in Thüringen instrumentalisiert wird

■ Von Gerlinde Sommer

Erfurt. Der Vorwurf ist hart: Sozialministerin Heike Taubert (SPD) „hat Zwangsprostituierte in Not im Stich gelassen“. Das behauptet die CDU-Landtagsabgeordnete Elke Holzapfel. Derart weit ging jüngst nicht einmal Karola Stange von den Linken, die ebenfalls das Fehlen einer Fachberatung kritisierte (TLZ berichtete). So berechtigt oder unberechtigt der Vorwurf von Elke Holzapfel sein mag, er zielt zwar auf Taubert, trifft aber die Gleichstellungsbeauftragte Johanna Arenhövel. Und sie ist CDU-Mitglied wie Holzapfel und zudem gerade auf dem Weg, endlich wieder eine Anlaufstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu schaffen.

Das ist nicht nur eine Absichtserklärung. Vielmehr gab es vor acht Tagen eine große Runde im Erfurter Rathaus. Monika Hartenfels von Solwodi war als Referentin gewonnen worden. Und sie hatte in einem TLZ-Interview in Aussicht gestellt, dass sich Solwodi in Thüringen engagiert. Allerdings müssen dazu noch viele Fragen geklärt werden; nicht zuletzt die Finanzfrage. Umso mehr verwundert die Attacke der CDU-Landtagsabgeordneten Holzapfel nicht nur Sozialministerin Taubert, die der SPD angehört, sondern auch auf Arenhövel.

Die Ministerin sagte auf TLZ-Anfrage, sie wisse entschieden zurück, sich um die Betroffenen nicht zu kümmern. Zudem ernannte sie Johanna Arenhövel, die Ausrichtung der Beratung zu thematisieren und an die „leider ausgefallene“ Arbeit der Schwestern vom Guten Hirten anzuknüpfen. Und Johanna Arenhövel „weist die Unterstellung“ von Elke Holzapfel „strikt zurück“. Es könne allenfalls von einem „Missverständnis“ ausgegangen werden, gerade auch deshalb, weil nun in Gang kommt, was jahrelang brach lag. Die Schwestern vom Guten Hirten hatten zwischen 1990 und 2010 insgesamt 15 Frauen beraten. Es war dies „eine wertvolle Arbeit für den Freistaat“, loben Taubert und Arenhövel. Die Zahl 15 sagt nicht viel über das wahre Ausmaß des Problems. Und auch die geringen Zahlen von Zwangsprostitution, die polizeibekannt wurden im Land, spiegeln nach Angaben von Expertinnen fast nichts vom wahren Ausmaß dieser Form der Entrechtung wider.

Dass in Deutschland auf dem Gebiet des Menschenhandels manches schief gelaufen ist, seit Rot-Grün vor bald 15 Jahren daran ging, Prostitution zum Normalberuf zu erklären, ist offensichtlich. Und zwar so offensichtlich, dass nun gerade mit Blick auf Sexarbeiterinnen, die unter Zwang und gegen ihren Willen ihren Körper verkaufen müssen, auch in den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen in



Ein ganz normaler Beruf? Nicht jede Frau bietet ihren Körper aus freien Stücken an. Es gibt – auch in Thüringen – Zwangsprostitution und Menschenhandel. Um die Frage, wer aus der Politik hier bisher wen im Stich gelassen hat, ist nun ein Streit entbrannt. Foto: afp

diesem Rechtsbereich Handlungsbedarf erkannt worden ist. Zu verdanken ist diese Einsicht aber nicht allein der Union.

■ Gesetzliche Ergänzung 2012 vorgeschlagen

Dieser Vorstoß hat eine Vorgeschichte, an der auch Thüringens Sozialministerin mitgewirkt hat. „Bereits 2012 habe ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz dem Bund vorgeschlagen, als Ergänzung zum Prostitutionsgesetz eine Rechtsgrundlage zur Regulierung von Bordellen und bordellähnlichen Betrieben zu schaffen. Diese sollte sich am öffentlichen Wirtschaftsrecht orientieren und insbesondere auf die Sicherstellung zumutbarer Arbeitsbedingungen sowie die Zurückdrängung illegaler Formen der Prostitution zielen“, so Taubert auf TLZ-Anfrage.



Vorwurf an die Sozialministerin: Elke Holzapfel (CDU) unterstellt Heike Taubert, Frauen im Stich gelassen zu haben.

Anfang September 2013 habe die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz dann einen Beschluss mit Thüringer Beteiligung zum Thema „Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation von Betroffenen des Menschenhandels“ gefasst, betont sie. Der Inhalt kurz gefasst: „Wir fordern, dass Opfern von Menschenhandel, die sich als Zeuginnen oder Zeugen in einem Strafverfahren zur Verfügung stellen, frühzeitig und rechtssicher eine aufenthaltsrechtliche Perspektive über das Strafverfahren hinaus eröffnet wird. Den Betroffenen soll es künftig ermöglicht werden, den Aufenthalt zu verlängern, um unter anderem noch ausstehende Schadenersatz- und Vergütungsansprüche durchzusetzen zu können“, erläutert Taubert. Auch müssten „polizeiliche und Strafverfolgungsmaßnahmen konsequenter zur Anwendung kommen, wenn nur ansatzweise erkennbar ist, dass Selbstbestimmung und Menschenwürde mit



Kümmert sich um das Thema Zwangsprostitution: die Gleichstellungsbeauftragte Johanna Arenhövel (CDU).

Für den Sozialministerin, heißt es aus dem Sozialministerium. Weil all dies durch entsprechende Beratung, aber auch durch Schutzzräume begleitet werden muss, „würden es die Länder begrüßen, wenn der Bund für diese Beratungs-, Betreuungs- und Präventionsarbeit finanzielle Mittel zur Verfügung stellen würde“, so Taubert und Arenhövel. Nun kommt noch einmal Elke Holzapfel ins Spiel: Auch sie könnte sich in diesem Zusammenhang das Engagement von Solwodi gut vorstellen. „Um die Kosten zu minimieren“, unterstütze sie den diskutierten Vorschlag, „die Kirchen mit ins Boot zu holen“. Dieser Vorschlag wurde bei der Veranstaltung im Erfurter Rathaus gemacht. Und insofern bleibt von dem CDU-Vorstoß „Holzapfel: Taubert lässt Zwangsprostituierte im Stich“ vor allem das Wort Kampfansage zurück. Wann und wie den Opfern konkret geholfen wird, ist derzeit noch offen...



Verwundert über die Attacke: Sozialministerin Heike Taubert (SPD), die sich für Zwangsprostituierte stark macht.

Dreieck mehr in Brandenburg als in Thüringen

Grosser fordert mehr Engagement

■ Von Gerlinde Sommer

Weimar/Paris. Es ist Zeit für eine Bestandsaufnahme: „Das Weimarer Dreieck war bei seiner Geburt 1991 eine ausgezeichnete Idee“, sagt Alfred Grosser. Doch dann wurde die Verbindung Frankreich-Deutschland-Polen zeitweilig durch Paris-Berlin-Moskau überlagert, sagt er. Und nun stelle Frankreich die Schwachstelle beim Weimarer Dreieck dar. Zudem habe es Weimar selbst bisher nicht ausreichend verstanden, für die Idee des Dreiecks zu werben. „Wer weiß denn zum Beispiel in Stuttgart oder Hamburg, was sich hinter dem Weimarer Dreieck verbirgt?“, sagt Alfred Grosser im TLZ-Gespräch.

Der 88-jährige deutsch-französische Publizist, Soziologe und Politikwissenschaftler kommt heute von Paris nach Weimar. Erst Flug nach Frankfurt, dann drei Stunden im Auto. Abends wird er im Stadtschloss unter dem Titel „Das Weimarer Dreieck – Lippenbekenntnis oder Motor für Europa?“ mit Gunter Pleuger, Staatssekretär a.D., Präsident der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), und Professor Krzysztof Miszczak, Direktor des Büros des Bevollmächtigten des Ministerpräsidenten für den Internationalen Dialog (Warschau) sprechen; moderiert von Stadtsprecher Ralf Finke. Dabei wird auf die Hoffnungen gleich nach Wende zurückgeschaut, aber auch auf die Überlagerung des Weimarer Dreiecks durch die Hinwendung nach Russland.

■ Beziehung Paris-Berlin-Moskau wirkte erdrückend

Geradezu erdrückend sei die Beziehung Paris-Berlin-Moskau seit Ende der 1990er Jahre gewesen. Regelrecht „auf den Knien“ habe die deutsche Politik gelegen. Kanzler Gerhard Schröder (SPD) habe sich nach seiner Amtszeit sogar zum „Untergeordneten“ von Wladimir Putin gemacht. Und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) habe anfänglich mehr nach Russland als nach Polen geschaut. „Seitdem die Kanzlerin kritisch geworden ist gegenüber Moskau, und sei es nur, weil Putin die Konrad-Adenauer-Stiftung und andere Stiftungen verfolgt, kann es mit dem Weimarer Dreieck besser gehen“, schätzt Grosser ein. „Allerdings ist die Schwäche des Dreiecks Frankreich“, macht er deutlich. „Die deutsch-polnischen Beziehungen haben sich unwahrscheinlich verbessert. Man könnte beinahe sagen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen so gut sind wie die deutsch-französischen“, sagt er. Seine Forderung daher: „Es müsste mehr französische Präsenz im Weimarer Dreieck geben.“

So wird er bei seinem heutigen Auftritt in Weimar auf das „Collegium Polonicum“ als einer neuen Form grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Lehre zu sprechen kommen. Es ist eine Weimarer Dreieck-Projekt und wird in gemeinsamer Verantwortung von der Republik Polen und dem Land Brandenburg als gemeinsame wissenschaftliche Einrichtung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (EUV) und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań (AMU) getragen. Doch bei den drei großen Reden, die es zur Einweihung gab, sprach Grosser für Frankreich und „die französische Botschaft war gar nicht vertreten“. Die einstigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Bronislaw Gerek standen für Deutschland ein.

Als fatal schätzt Grosser die französische Haltung ein, Polen vor allem als Objekt deutscher Ost-Politik zu betrachten. Viele Franzosen glaubten, in Warschau sei Deutsch die wichtigste



Fordert von Frankreich und Thüringen mehr Einsatz für das Weimarer Dreieck: der Publizist Alfred Grosser (88). Foto: dpa

Fremdsprache: „Dabei spricht man dort Englisch wie überall“, so Grosser.

Französische Großunternehmen haben Polen längst für sich entdeckt. Die Politik hinkt offenbar hinterher. Grosser rät den Franzosen, „mehr Kulturarbeit in Warschau zu leisten“. So sei dort ein gemeinsames Kulturzentrum von Polen, Deutschland und Frankreich geplant gewesen: „Aber das ist nie entstanden. Leider.“

Eigentlich gibt es viele gute Gründe für Frankreich, mit Polen besser zusammenzuarbeiten. Das hat nicht nur mit Blick auf den Beginn des 2. Weltkriegs zu tun: „Wir haben nichts getan, um Polen zu retten“, sagt Grosser.

Er verweist auch auf Marie Curie und Chopin, also Wissenschaft und Kunst, sowie die Nachfahren der einst aus Polen zugewanderten Arbeiter in Nordfrankreich: „Es gibt so gesehen eine gute Beziehung Frankreich-Polen, die aber heute politisch nicht genügend genutzt wird“, stellt Grosser fest.

Das Dreieck trägt Weimar im Namen. Und immer wieder gibt es wie heute Treffen, Dialoge, Zusammenkünfte. Aber eine tatsächliche Rolle spiele in den französisch-deutsch-polnischen Beziehungen nicht Thüringen sondern Brandenburg. „Dort wurde viel Geld ausgegeben, unter anderem für die Stiftung Genshagen, die im Namen des Dreiecks aufgebaut wurde. „Das Dreieck besteht mehr in Brandenburg als in Thüringen“, ist Grossers Einschätzung. Das werde er so auch heute in aller Deutlichkeit den Weimarnern sagen.

■ Dumme Fragen von Schülern gibt es nicht

Die Gründung des Weimarer Dreiecks geht auf ein Treffen der Außenminister der drei Länder Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski am 28. August 1991 in Weimar zurück. Für heutige Schüler liegt dieses Datum weit vor ihrer Geburt. Gerade deshalb ist es Grosser wichtig, sie für europäische Fragen zu interessieren. Am Mittwoch wird Grosser, dessen Reise durch das Institut Français ermöglicht wurde, im Weimarer Humboldt-Gymnasium mit Schülern sprechen. Er macht dies nicht nur hier, sondern ist auch in Frankreichs Schulen häufig zu Gast. Dafür gibt es bei ihm nur eine Bedingung: In den ersten Reihen dürfen keine Erwachsenen sitzen. „Denn das trübt das Verhältnis zu den Schülern“, hat er festgestellt. Gefragt werden darf alles: Dumme Frage gibt es für Grosser aus Schülermunde nicht, „was bei Erwachsenen nicht immer der Fall ist“. Nur manchmal sei eine Schülerfrage womöglich ungeschickt formuliert, sagt er. Dann rücke er sie gerade, ehe er Antwort gebe.

! Heute, Dienstag, Weimar, 18.30 Uhr, Einlass 18 Uhr, im Stadtschloss, Burgplatz 4, Eintritt frei

Lückenschluss an der Landesgrenze

ICE-Strecke Berlin-München: Feier am Finnetunnel – Lieberknecht würdigt bessere Anbindung



Kurz vor der Fahrt in den Finnetunnel: Symbolisch wurde jetzt der Lückenschluss der ICE-Trasse zwischen Erfurt und Halle/Leipzig gefeiert. In den Streckenabschnitt fließen insgesamt 2,7 Milliarden Euro. 2015 soll der Abschnitt in Betrieb gehen. Foto: dpa

Herregosserstedt/Erfurt. (dpa) Züge sollen die Strecke Berlin-München von 2017 an in vier Stunden schaffen. Noch ist die dafür gedachte Route nicht fertig. Ein weiteres wichtiges Teilstück ist nun aber dazugekommen.

Die Bahn hat beim Bau der ICE-Strecke zwischen Halle/Leipzig und Erfurt einen wichtigen Teilabschnitt geschafft. Am Finnetunnel an der Grenze zwischen Thüringen und Sachsen-Anhalt feierte sie am Montag den Lückenschluss. Die Schnellverbindung sei für die beiden Länder ein wichtiges Infrastrukturprojekt, sagte Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU). Die bessere Anbindung helfe der Wirtschaft und dem Tourismus. Dies könne „zum Katalysator für unsere Länder“ werden.

Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU) zeigte sich zuversichtlich, dass die ICE-Trasse Flugverkehr vermeiden könne. Der Streckenschluss sei „ein Meilenstein“ für Sachsen-Anhalt.

Seit 2006 laufen die Bauarbeiten an der Bahnstrecke. Für die neue, 122 Kilometer lange Route durch den Höhenzug der Finne und der Querfurter Platte wurden drei Tunnel und sechs Brücken gebaut – die Tunnel mit einer Gesamtlänge von 15,4 Kilometern und die Brücken mit 14,4 Kilometern. Er freue sich, dass ein solches Bauwerk nun der Vollendung entgegengehe, sagte Bahn-Infrastruktur-Vorstand Volker Kefer. Die Trasse sei eine umweltgerechte Alternative zu Auto und Flugverkehr. Die gesamte Strecke wird mit dem Europäischen Zugleitsys-

tem ETCS ausgerüstet. Die Fahrtzeit zwischen Erfurt und Halle wird nach Fertigstellung nur noch 31 Minuten, nach Leipzig 39 Minuten betragen.

Die Eröffnung des rund 2,7 Milliarden Euro teuren Teilabschnitts Leipzig/Halle-Erfurt ist für 2015 geplant. In den kommenden Monaten werden an der Strecke noch die Oberleitungen sowie die Leit- und Sicherheitstechnik installiert.

Von 2017 an werde dann die Fahrtzeit Berlin-München etwa vier Stunden betragen, versprach Kefer. Die ICE-Strecke soll insgesamt mehr als zehn Milliarden Euro kosten. Die Strecke ist Teil des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit (VDE) Nr. 8. Insbesondere in den Nachtstunden kann sie auch von Güterzügen genutzt werden.